

14.5.2011

Presse-Information

WGN sieht Möglichkeiten zur Kosteneinsparung

Wählergemeinschaft beantragt Prüfungen im IT-Bereich

Mit zwei Anträgen will die Wähler-Gemeinschaft Niedernhausen (WGN) geprüft wissen, ob ihre Vorschläge für Kosteneinsparungen im Bereich der Informationstechnologie (IT) der Gemeindeverwaltung umsetzbar sind.

Zum einen schlägt die WGN vor, bei geplanten Ersatz- und Neuanschaffungen von Bürosoftware statt lizenzpflichtiger Microsoft-Office-Produkte die Gemeindeverwaltung künftig mit lizenzfrei verfügbarer Software, wie z.B. Open Office, auszustatten. „Teure Lizenzgebühren können so vermieden werden“ erläutert Stefan Lamby, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Wählergemeinschaft. „Diese kostenfreien Software-Produkte entsprechen in der Bedienung der gewohnten Microsoft-Office-Umgebung, eine Umstellung wäre ohne großen Schulungsaufwand möglich.“

Ebenso sei ein Austausch von Dokumenten, die mit einer der beiden Software-Produkte – Open- bzw. LibreOffice oder Microsoft Office – erstellt wurden, problemlos möglich. Schließlich weist die WGN darauf hin, dass etliche Verwaltungen diesen Schritt bereits vollzogen und damit gute Erfahrungen gemacht hätten.

Mit einem zweiten Prüfantrag will die WGN klären lassen, ob es sinnvoll ist, die in allen Gemeinden des Idsteiner Landes vorhandenen IT-Administratoren unter Beibehaltung ihrer bisherigen Arbeitsplätze in den einzelnen Rathäusern zu einer gemeinsamen Einheit zusammenzufassen und damit weitere Synergieeffekte zu erreichen.

Als Vorteil sieht die WGN z.B. die Wissensbündelung und den Wissensaustausch zwischen den einzelnen Mitarbeitern. Oder auch den Vorteil von sinkenden Kosten durch gemeinsamen Einkauf von Hard- und Software sowie externen Dienstleistungen. Denkbar seien auch Einsparungen von Personalkosten bzw. ein geringerer Anteil von Fremdleistungen bei gleichbleibender Personalstärke und Einsparungen bei Schulungen der Mitarbeiter. Ebenso könne sich in Urlaubszeiten eine solche Zusammengefasste IT-Einheit für die einzelnen Kommunalverwaltungen durch verfügbare Urlaubsvertreter als vorteilhaft erweisen.

„Die Umsetzung solcher Kosteneinsparungsideen setzt natürlich eine Bereitschaft der Rathäuser voraus, auf eine andere Weise als bisher zusammen zu arbeiten“, so Stefan Lamby. „Statt einzelne Aufgaben komplett an eine Kommune zu delegieren, die diese dann für die anderen übernimmt – wie z.B. bisher das gemeinsame Standesamt oder die gemeinsame Einbürgerungsstelle --, geht es hier um eine enge, kostensparende Zusammenarbeit verschiedener, in den einzelnen Rathäusern verbleibender Mitarbeiter bei einem gemeinsamen Aufgabengebiet. Wir sind gespannt, ob die Partner dieser interkommunalen Kooperation dazu bereit sind“, so der IT-Fachmann Lamby abschließend.